

Katrin Rieckermann

Gedenkkundgebung im Südpark in Lünen, Karfreitag 2024

Liebe Anwesende, sehr geehrte Damen und Herren,  
mein Name ist Katrin Rieckermann. Ich bin Mitglied im Förderverein Steinwache – Internationales Rombergparkkomitee in Dortmund, und ich bedanke mich, heute zu Ihnen und zu euch sprechen zu dürfen.

An diesem Ort gedenken wir der Ereignisse vor 79 Jahren – dessen, was kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschah.

Im Rombergpark und in der Bittermark in Dortmund fanden vom 8. März bis zum 12. April Massenerschießungen statt, so genannte Kriegsendphasen-Morde. Dabei kamen fast 300 Menschen verschiedener Nationalitäten zu Tode.

Zu ihnen gehörten auch sechs Lünener Kommunisten. Johann Berg, Jakob Bink, August Dombrowski, Bernhard Höltmann und Johann König wurden am 30. März, dem Karfreitag 1945, verhaftet und kurz darauf von der Gestapo erschossen. Josef Kriska wurde am 1. April im Gestapo-Gefängnis Hörde erschossen, nachdem er zuvor aufs Schwerste misshandelt worden war.

Ich verneige mich vor diesen sechs Männern, die ihre Gegnerschaft gegen die Nazis mit dem Tode bezahlten, und vor all den anderen, die Widerstand gegen die Nationalsozialisten leisteten. Sie alle waren nicht bereit, Willkür, Unrecht, Ausgrenzung, Menschenrechtsverletzungen, Zwangsarbeit, millionenfachen Mord, Diktatur und Krieg hinzunehmen.

In der Gegenwart müssen wir erneut erleben, dass sich Rechte und Rechtsextreme zusammenschließen. Nicht erst seit dem NSU wissen wir, dass rechtsextreme Netzwerke in Bundeswehr, Polizei und Verfassungsschutz bestehen. Neonazis treiben auf den Straßen ihr Unwesen, es gibt aber unzählige per Haftbefehl gesuchte Nazis, die über Waffen verfügen und in die Illegalität abgetaucht sind. Aber auch auf halboffizieller Ebene schließen sich Rechte zusammen. Im vergangenen Jahr wurde ein Treffen von Mitgliedern der CDU/CSU, der Werteunion, der AfD, namhafter Unternehmer und Neonazis öffentlich, auf dem politische Pläne geschmiedet wurden, einen großen Teil der Bevölkerung – wohin auch immer – abzuschieben (unter dem Stichwort „Remigration“).

Dies führte zu großer Empörung in der Bevölkerung. Hunderttausende gingen in fast allen deutschen Städten auf die Straßen, um gegen diese rechten Umtriebe und insbesondere gegen die AfD zu protestieren. Privatpersonen, zivilgesellschaftliche Institutionen, Firmen etc. verurteilten und verurteilen Diskriminierung, Rassismus und Rechtsextremismus.

Der Protest gegen die Rechten und das Eintreten für eine vielfältige, bunte und demokratische Gesellschaft macht Mut – zeigt er doch, dass das Krakeelen der blauen Braunen nicht überall auf fruchtbaren Boden fällt, und dass sich eine große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gegen Rechts positioniert.

Doch hier ist es wichtig, einen genaueren Blick darauf zu werfen, warum die Hetze und Rhetorik der AfD so häufig verfängt, und warum so viele Menschen sich auf die rechten Rattenfänger einlassen. Nicht alle, die der AfD und ihren Parolen auf den Leim gehen, haben ein explizit rechtes oder rechtsextremes Weltbild.

Aber offensichtlich sind sie unzufrieden mit der herrschenden Politik. Viele meinen, sie könnten es denen „da oben“ mal richtig zeigen, wenn sie ihnen durch ihre Zustimmung zur AfD oder eine vermeintliche „Protestwahl“ einen Denkkzettel verpassen.

Sie suchen Sündenböcke für die gesellschaftlichen Probleme in Bezieherinnen und Beziehern von

Bürgergeld, in Migrantinnen und Migranten oder Geflüchteten, den Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Warum?

Menschen in Deutschland leiden unter steigenden Kosten. Monat für Monat haben sie weniger Geld im Portemonnaie.

Die Inflation, ausgelöst durch explodierende Energiekosten durch den Verzicht auf russisches Gas, führt zu Reallohnverlusten.

Die Erhöhungen von Tariflöhnen und des Mindestlohns werden durch die allgemeinen Preissteigerungen aufgeessen.

Steigende Mieten verschärfen diese ohnehin schon prekäre Situation zusätzlich. Ein Fünftel der Kinder und Jugendlichen in unserem Land wächst in Armut auf, und annähernd 17 Prozent der Erwachsenen leben unterhalb der Armutsgrenze. Ebenfalls nimmt die Altersarmut drastisch zu. Der Europarat hat Deutschland in diesem März offiziell gerügt und die wachsende Ungleichheit in der Bundesrepublik angeprangert, die – ich zitiere – „in keinem Verhältnis zum Reichtum des Landes“ steht.

Bereits vor etwa 20 Jahren prägten Soziologen den Begriff des „abgehängten Prekariats“. Damit werden Menschen bezeichnet, die aufgrund ihrer materiellen Lage keinen gesellschaftlichen Aufstieg für sich und ihre Kinder sehen. Sie neigen eher dazu, sich zurückzuziehen, ihre demokratischen Rechte nicht mehr wahrzunehmen, nicht mehr wählen zu gehen, und wenn, dann eher rechte Parteien.

Hier ist dringender Handlungsbedarf geboten, will man den rechten Sumpf zumindest ansatzweise trockenlegen.

Von Armutsforschern, Soziologen und auch dem Europarat wird dringend gefordert, die wachsende Armut und die steigende Wohnungslosigkeit zu bekämpfen.

Die Daseinsvorsorge der Menschen in unserem Land darf nicht weiter geschleift werden. Nur so kann den Rechten das Wasser abgegraben werden.

Investitionen in Kinderbetreuung, Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Umwelt und Sozialstaat sind unerlässlich.

Wenn 20 Prozent des kommenden Bundeshaushalts für Rüstung ausgegeben werden sollen, wird dies problematisch.

Clemens Fuest, Präsident des ifo-Instituts, hat in diesem Zusammenhang in einer Sendung bei Maybrit Illner jüngst geäußert: „Kanonen und Butter – das wäre schön, wenn das ginge. Aber das ist Schlaraffenland. Das geht nicht. Sondern Kanonen ohne Butter.“ Der Sozialstaat, so Fuest, werde noch nicht abgeschafft, aber „er wird kleiner“.

Olaf Scholz deutete auf der Münchner Sicherheitskonferenz im vergangenen Monat an, dass Kürzungen bei Renten und Sozialausgaben nötig sein könnten, um die Verteidigungsausgaben langfristig zu erhöhen.

Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten.

Natürlich spricht die AfD mit gespaltener Zunge. Sie prangert einerseits die Missstände an, andererseits stimmt sie alle Sozialkürzungen im Parlament mit durch und hat in ihrem Programm Einschnitte bei Renten und Sozialausgaben festgeschrieben.

Die Rechten sind keine Lösung, sie sind Teil des Problems. Ihnen müssen wir entschlossen entgegen treten.

Aber auch ein Politikwechsel ist in unserem Land dringend nötig!

Eine wachsende Verarmung und Perspektivlosigkeit wird noch weiter zunehmende gesellschaftliche Spannungen erzeugen.

Ohne einen funktionierenden Sozialstaat kann es keine Solidarität, keinen Zusammenhalt und keine demokratische Zivilgesellschaft geben!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.